



WWF *for a living planet*

ERWARTUNGEN DES WWF AN DIE GLOBALE KLIMAVEREINBARUNG IN KOPENHAGEN 2009

Diese Übersicht fasst die Kernpunkte des WWF-Forderungskatalogs für ein globales Klimaabkommen zusammen. Das Abkommen soll Maßnahmen gegen den gefährlichen Klimawandel auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 festlegen.¹ Nachfolgend finden Sie die wichtigsten Forderungen und Vorstellungen des WWF für ein angemessenes und faires Abkommen, das die globale Erwärmung deutlich unterhalb der Gefahrenschwelle von 2 °C begrenzt.

Weltweite Minderungsziele

- Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen muss deutlich weniger als 2°C gegenüber vorindustriellen Werten betragen. Um dies zu erreichen, muss ein wissenschaftlich gestütztes, globales CO₂-Budget festgeschrieben werden und die **weltweiten Emissionen müssen in der kommenden Verpflichtungsperiode 2013–2017 ihr Maximum erreichen**. Längerfristig müssen die globalen Emissionen sehr schnell zurückgehen, damit sie bis zum Jahr 2050 weniger als 80 Prozent des Niveaus des Jahres 1990 betragen.
- Die Gruppe der **Industrieländer** sollte verbindlich vereinbaren, ihre absoluten Treibhausgasemissionen **bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent unter den Wert**

¹ Der vollständige Forderungskatalog für Kopenhagen finden Sie unter folgendem Link: http://assets.panda.org/downloads/copenhagen_expectations_paper_wwf.pdf

von 1990 zu senken. Der größte Teil hiervon (30 bis 35 Prozent) muss innerhalb dieser Länder erzielt werden. Weiterhin sollten sie sich auf **Aktionspläne** festlegen, um ihre **Netto-CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf Null** (bzw. auf mindestens -95-Prozent gegenüber 1990) zu senken, und gleichzeitig deutlich verbesserte Compliance-Regeln einführen. Die Vereinigten Staaten sollten eine landesweite, quantifizierte Emissionsreduktionsverpflichtung eingehen. Diese sollte in ihrer Ausgestaltung, Intensität und Compliance-Anforderungen den von anderen Annex-1-Staaten übernommenen Verpflichtungen entsprechen. Zudem muss sie innerhalb des begrenzten verbleibenden atmosphärischen Budgets für Treibhausgase bleiben. Im Interesse der Fairness gegenüber weniger entwickelten Industrieländern, sollten sich auch neu industrialisierte Länder wie beispielsweise Südkorea oder Saudi-Arabien zu Emissionsbegrenzungs- und Reduktionszielen verpflichten.

- Die Gruppe der **Entwicklungsländer** sollte sich verpflichten, ihre derzeitigen Emissionen bis zum Jahr 2020 deutlich zu reduzieren, indem sie um mindestens 30 Prozent unter dem „Business-as-usual“-Szenario bleiben. Hierin enthalten sind Emissionsminderungen durch vermiedene Entwaldung unter der Voraussetzung, dass die Entwicklungsländer von den Industrienationen garantierte und angemessene finanzielle und technologische Unterstützung sowie Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten erhalten. Die Entwicklungsländer sollten **national angemessene Minderungsmaßnahmen (Nationally Appropriate Mitigation Actions, NAMAs) auf der Grundlage von Maßnahmenplänen zur CO₂-Reduzierung (Low Carbon Action Plans, LCAPs)** entwickeln. Für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) wird nicht davon ausgegangen, dass sie ihre Emissionen in diesem zeitlichen Rahmen reduzieren müssen, jedoch werden sie in ihrem Streben nach nachhaltiger Entwicklung unterstützt.

Rahmenplan für Anpassungs- und Risikopräventionsmaßnahmen für die am stärksten gefährdeten Länder

Das neue Klimaabkommen muss stark gefährdete Länder in die Lage versetzen, sich auf die gegenwärtigen und künftigen Folgen des Klimawandels einzustellen. Zu diesem Zweck ist ein **Rahmenplan für Anpassungsmaßnahmen** umzusetzen. Die gegenwärtigen Verpflichtungserklärungen zur Realisierung eines Anpassungsabkommens im Rahmen des UNFCCC-Prozesses bleiben fragmentiert und konzentrieren sich auf wissenschaftliche Einschätzungen und Expertenworkshops. In Bezug auf Umsetzung und Finanzierung lassen diese Erklärungen jegliche Substanz vermissen. Im Interesse einer effektiven globalen Lösung für den Klimaschutz müssen sich alle Beteiligten stärker der Tatsache bewusst werden, dass eine frühzeitige Reduktion von Emissionen spätere Anpassungskosten in erheblichem Maß einsparen kann.

Ein Fortschritt der Verhandlungen über Anpassungsmaßnahmen hängt von mehreren Voraussetzungen ab:

- Es bedarf einer massiven, gesicherten und kalkulierbaren Finanzierung durch gut verwaltete und effektive Finanzierungsmechanismen in Verbindung mit regionalen Programmen für Versicherungen gegen Klimarisiken. Dies sollten sich insgesamt in einer Größenordnung von 63 Mrd. US\$ pro Jahr bewegen.
- LDC-Ländern müssen sofort zwei Mrd. US\$ für die Umsetzung ihrer nationalen Anpassungsaktionspläne bereitgestellt sowie zusätzliche Mittel für gefährdete Nicht-LDC-Länder aufgebracht werden, um nationale Anpassungspläne (NAPs) zu entwickeln und mit deren Umsetzung zu beginnen. Nur so können rechtzeitig Klimagefahren aufgefangen und Anpassungsmaßnahmen in die nationalen Entwicklungsprozesse integriert werden.

- Es bedarf der Erkenntnis, dass ein Emissionsverhalten nach dem Prinzip des „Business as usual“ ohne eindeutigen Höchstwert und einen Rückgang deutlich vor dem Jahr 2020 bedeutet, dass viele gefährdete Staaten, Gemeinschaften und Ökosysteme an einen Punkt gelangen, an dem eine Anpassung nicht mehr möglich ist. Selbst die zum jetzigen Zeitpunkt bekannten Klimaauswirkungen erfordern die Einrichtung von Mechanismen wie beispielsweise einen **Klimarisiken-Versicherungsmechanismus (Climate Risk and Insurance Mechanism, CRIM)** und Wiederaufbauprogramme.

Finanzierung als Voraussetzung für den Wandel

Die Staaten sollten in Kopenhagen bereit sein, **eine neu zu schaffende Kopenhagener Klimainstitution** zu vereinbaren. Diese muss die finanziellen Mittel verwalten, die durch verschiedene Mechanismen generiert werden und der Finanzierung von Klimaschutz dienen. Der WWF fordert alle Industrienationen auf, **verbindliche finanzielle Hilfen in Höhe von mindestens 160 Mrd. US\$ jährlich bis zum Jahr 2017** zuzusagen. Diese sollen die Entwicklungsländer bei ihren Reduzierungsmaßnahmen, der Vermeidung von Entwaldung und ihren Maßnahmen für eine CO₂-arme und klimaangepasste Zukunft unterstützen.

- Diese Unterstützung muss als neues Element und zusätzlich zur Entwicklungshilfe gewährt werden, wobei der größte Teil dieser Mittel in die in Kopenhagen zu vereinbarenden Klimaeinrichtung einzuzahlen ist. Die Kohlenstoffmärkte spielen zwar eine Rolle bei der Generierung der Mittel, jedoch können sie nicht auf die Maßnahmenziele der Entwicklungsländer angerechnet werden. Denn sie werden bereits, da sie oft durch Carbon-Offsets getrieben sind, auf die Reduzierungsziele der Industrienationen angerechnet. Ebenso dürfen Finanzmittel aus den Kohlenstoffmärkten nicht auf die Verpflich-

tung der Industrienationen zur finanziellen Unterstützung angerechnet werden.

- Es bedarf zusätzlicher Mechanismen, die kalkulierbar und transparent sein müssen. Ein Beispiel hierfür ist der norwegische Vorschlag zur **Versteigerung von ca. zehn Prozent der internationalen CO₂-Zertifikate (AAUs)**, wodurch eine Klimafinanzierung in großem Umfang ermöglicht werden könnte. Dieser Mechanismus könnte mit einer Versteigerung von Emissionszertifikaten oder einer **Abgabe auf Emissionen oder Treibstoffe im internationalen Flug- und Schiffsverkehr** kombiniert werden. Zusätzlich könnten weitere Mittel aus öffentlichen und privaten Quellen außerhalb des UNFCCC-Prozesses auf die Finanzierungszusagen der Industrienationen angerechnet werden, sofern diese innerhalb definierter Grenzen liegen und vereinbarten UNFCCC-Kriterien genügen.

Ein Rahmen für Technologie

Trotz der zunehmenden Entwicklung CO₂-armer, effizienter und nachhaltiger Technologien bleiben der Umfang und die Geschwindigkeit der praktischen Umsetzung weit hinter dem erforderlichen Maß zurück. Der WWF regt die Durchführung von Zukunftstechnologieprogrammen im Rahmen UNFCCC an. Diese sollen in Form von zielgerichteten **Fünfjahres-Technologie-maßnahmen-Programmen umgesetzt werden, deren Ziel die Formulierung technologischer Vorgaben ist** und die die Zusammenarbeit in Innovationsvorhaben für umweltverträgliche und gesellschaftlich nachhaltige Technologien fördern sollen.

- Es bedarf einer erheblichen **Steigerung der Ausgaben für Forschungsentwicklung und -umsetzung um mindestens das Vierfache** gegenüber dem heutigen Stand, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Überwachungstechnologien für CO₂-Abscheidung und Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) sowie die Reduzierung von Emissionen durch

vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder (Reduced Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD).

Stopp der Entwaldung

Als ein Element der Gesamtemissionsreduktionen, die erforderlich sind, um den globalen durchschnittlichen Temperaturanstieg auf weniger als 2°C zu begrenzen, muss das neue Klimaabkommen einen Mechanismus vorsehen, um diejenigen Entwicklungsländer zu belohnen, die ihre Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder (REDD) reduzieren.

- Die Welt muss sich zum Ziel setzen, bis zum Jahr 2020 eine Nettoentwaldung von Null zu erreichen. Ein REDD-System für die Jahre nach 2012 ist von zentraler Bedeutung, um wirtschaftliche Anreize zur Zielerreichung für die Entwicklungsländer zu schaffen. REDD verlangt eine umfassende Vorbereitung und Planung zur Erzielung messbarer, darstellbarer und verifizierbarer Reduktionen. Erreicht wird dies am besten durch REDD-Programme auf einzelstaatlicher Ebene mit einzelstaatlichen Baselines und Überwachungsmechanismen.
- Diese Programme sollten in drei Phasen entwickelt werden: **Planung (Phase 1), Vorbereitung (Phase 2) und Umsetzung (Phase 3)**. Der Übergang zwischen den einzelnen Phasen sollte auf der Grundlage eindeutiger, international akzeptierter Standards innerhalb eines UNFCCC-definierten Rahmens erfolgen. Das Abkommen nach 2012 muss geeignete Mechanismen vorsehen, um den Übergang der Länder zwischen diesen Phasen entsprechend ihrem jeweiligen Fortschritt zu überwachen, nationale Baselines zu definieren und diese in Abständen zu überprüfen.
- REDD kann einen erheblichen Zusatznutzen für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft erzeugen. Um dies zu gewährleisten, muss die REDD-Politik den nationalen Zielen einer **nachhaltigen Entwicklung** entsprechen, die

den Naturschutz und die **Artenvielfalt** fördern und die **Rechte lokaler Gemeinschaften** sowie indigener Völker **schützen**.

- REDD benötigt eine sofortige kalkulierbare Finanzierung in erheblichem Umfang. Es besteht schon heute die dringende Notwendigkeit, Kapazitäten aufzubauen und frühzeitig zu handeln. Die Industrienationen sollten sich bereiterklären, diese Mittel im Rahmen des bereits beschriebenen Gesamtfinanzsystems sowohl für die Entwicklung nationaler REDD-Systeme als auch für die spätere tatsächliche Emissionsreduzierung zur Verfügung zu stellen.

Luftverkehr und Schifffahrt

Das neue Klimaabkommen muss, wenn es wirklich umfassend sein soll, erstmals auch die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs berücksichtigen.

- 1997 wurde in Kioto die Verantwortung für diese Emissionen an internationale Zivilluftfahrt- und Schifffahrtsorganisationen übertragen, die sich dieser Verantwortung jedoch nicht gestellt haben. Dieser Fehler darf sich in Kopenhagen nicht wiederholen. **Die Reduktionsziele der Industrieländer sollten daher die Emissionen dieser Sektoren beinhalten.**

Rechtsform und Institutionen

Als Ergebnis der Kopenhagener Verhandlungen muss ein ratifizierbarer Entwurf vorgelegt werden, der **ein erweitertes Kioto-Protokoll, ein Kopenhagen-Protokoll sowie eine Reihe von Entscheidungen** zur Umsetzung beinhaltet.

- Es wird neuer Institutionen bedürfen, um die Umsetzung von Minderungskomponenten zu steuern und als Schnittstelle zwischen der Technologie- und der Finanzkomponente zu agieren. Der WWF fordert daher die Schaffung einer **neuen Kopenhagener Klimainstitution** zur Erleichterung, Förderung und

Koordinierung der Umsetzung des Klimaabkommens von Kopenhagen.

- Darüber hinaus bedarf es einer **Kohlenstoff-Marktregulierungsagentur** zur Lenkung der Kohlenstoffmärkte. Diese Märkte müssen aus einem **umfassend reformierten, projektbasierten CDM sowie möglicherweise neuen sektoralen und für alle Beteiligten vorteilhaften Kohlenstoffmarkt-Mechanismen** bestehen, die gemeinsam unter dem Begriff „kreditgestützte Minderungsmaßnahmen“ gefasst sind.
- Zu Emissionsreduzierungen in Entwicklungsländern führende Instrumente könnten eingesetzt werden, damit die Industrieländer einen kleinen Teil ihrer eigenen Reduktionsziele durch Maßnahmen jenseits ihrer eigenen Grenzen erfüllen können. Es muss deutlich sein, dass die Maßnahmen im Rahmen dieser Instrumente weder genutzt werden dürfen, um kostengünstige Reduktionsoptionen auszuschließen, noch dass sie doppelt auf die Minderungszusagen der Entwicklungsländer angerechnet werden dürfen.

Verpflichtungsperiode und Überprüfungsmechanismus

Der Vertrag von Kopenhagen sollte das System der **Fünfjahres-Verpflichtungsperioden** aus dem Kioto-Protokoll beibehalten. Diese sind für politische Zyklen relevant und fördern die Compliance, während das globale Kohlenstoff-Budget zur langfristigen Sicherheit des generellen globalen Reduktionspfades beiträgt.

- Die nächste **Überprüfung** für die kommende Verpflichtungsperiode sollte 2013 beginnen, wobei eine **wissenschaftliche Überprüfung im Jahr 2014 auf der Grundlage des 5. Klimaberichts des IPCC** begonnen und 2015 abgeschlossen sein sollte. Darüber hinaus sollte eine **Notfallüberprüfungsklausel** vorgesehen werden, die von einer doppelten Mehrheit der Industrie- und Entwicklungsländer in Anspruch genommen werden kann, wenn neue Erkenntnisse die

Notwendigkeit noch weiter reichender Ziele belegen.

Kontakt

Regine Günther, Leiterin Energie und Klima, WWF Deutschland

E-Mail: regine.guenther@wwf.de

Tel.: +49 30 308742-18

Kim Carstensen, Leader Global Climate Initiative, WWF International

E-Mail: k.carstensen@wwf.dk

Mobil: +45 4034 3635

Kathrin Gutmann, Head of Policy, Global Climate Initiative, WWF International

E-Mail: kathrin.gutmann@wwf.de

Mobil: +49 162 29 144 28